Landesgesetzblatt

für das Burgenland

Jahrgang 1922

Ausgegeben und versendet am 11. Dezember 1922

9. Stück

Inhalt: 32. Verordnung: Durchführung des Gesetzes betreffend die Einhebung einer Lohn- und Gehaltsabgabe für öffentliche Fürsorgezwecke. — 33. Gesetz: Einhebung einer Landesabgabe von Kraftfahrzeugen. — 34. Verordnung: Durchführung des Gesetzes betreffend die Einhebung einer Landesabgabe von Kraftfahrzeugen. — 35. Kundmachung: Gebühren für die Ausfertigung von Dampfkesselzertifikaten. — 36. Gesetz: Regelung der Landesfinanzkontrolle (1. Landesverfassungsgesetz für das Burgenland). — 37. Gesetz: Jagd- und Fischereikarten. — 38. Gesetz: Änderung der Jagd- und Fischereipachtchillinge. — 39. Kundmachung: Erteilung von Marktbesugnissen an die Gemeinde Güssing.

32.

Verordnung der burgenländischen Landesregierung vom 21. November 1922, Z. 9—469, zur Durchführung des Gesetzes vom 4. August 1922, L.G.Bl. Nr. 14, betreffend die Einhebung einer Lohn- und Gehaltsabgabe für öffentliche Fürsorgezwecke im Burgenland (Fürsorgeabgabe).

Artikel I (zu § 5).

1. Die abgabepflichtigen Personen haben die im § 5 des Gesetzes vorgeschriebene Abrechnung der Abgabe in 2facher Ausfertigung unter Benützung der hierfür bei den Gemeindeämtern gegen Ertrag der Herstellungskosten erhältlichen Drucksorten einzubringen.

2. Der Abrechnung ist ein Verzeichnis aller Angestellten mit der Angabe der jedem einzelnen im Abrechnungszeitraume tatsächlich ausgezahlten Gesamtbezüge (siehe § 3, Abs. 5 des Ges.), sowie des Geldwertes der ihnen gewährten Naturalleistungen beizuschließen.

3. Mit Zustimmung der Gemeinde als Bemessungsbehörde kann bei späteren Abrechnungen von der Vorlage eines Namensverzeichnisses der ständigen Angestellten abgesehen werden.

4. In die Abrechnung für einen jeden Abrechnungszeitraum ist die tatsächlich in diesem Zeitraume ausgezahlte Summe aller Lohn- und Gehaltsbeträge (§ 3, Abs. 1 des Ges.), sowie der Gesamtwert der in diesem Zeitabschnitte gewährten bezw. fällig gewordenen Naturalleistungen und Nebenbezüge aufzunehmen.

5. Als Abrechnungszeitraum hat in der Regel ein Kalendermonat zu gelten; jedoch können Arbeit-(Dienst-)geber, welche ständig mehr als 20 Arbeitskräfte beschäftigen, mit Zustimmung der Gemeinde, Abrechnungen auch für kürzere, insbesondere mit den Lohnzahlungsfristen zusammenfallende Abrechnungszeiträume vorlegen.

Artikel II (zu §§ 6 und 7).

1. Die ständige Überwachung der richtigen und

vollständigen Einhebung und ordnungsmäßigen Berechnung der Fürsorgeabgabe ist dem Landesabgabenahte übertragen.

2. Das Landesabgabenahte ist berechtigt, von den Gemeinden in jedem einer näheren Aufklärung bedürftigen Falle unmittelbar Berichte abzuverlangen und den Gemeinden Aufträge zur Behebung von Anständen zu erteilen.

3. Das Landesabgabenahte ist berechtigt, im Sinne der §§ 6 und 7 des Gesetzes von den Abgabepflichtigen sowie deren Angestellten Auskünfte zu verlangen, die für die Bemessung von Belang sind, ferner von ihnen die für die Bemessung und Kontrolle der Abgabe in Betracht kommenden Behelfe abzuverlangen, den Betrieb selbst durch seine Organe zu besichtigen und in die zur Bemessung der Abgabe maßgebenden Geschäftsaufzeichnungen jederzeit Einsicht zu nehmen.

4. Die Organe des Landesabgabenahtes haben sich beim Besuche der Betriebsstätten mit einem Dienstaustrag auszuweisen.

5. Die burgenländische Krankenkassa hat den Gemeinden fortlaufend Verzeichnisse der bei ihr versicherten Angestellten mit Angabe der Lohnklassen, in welche diese eingereiht sind, zu übermitteln; die Verzeichnisse sind jener Gemeinde einzusenden, in welcher der Betrieb, in dem der Versicherte beschäftigt ist, sich befindet; Abschriften dieser Verzeichnisse sind auch an das Landesabgabenahte einzusenden.

6. Die politischen Bezirksbehörden haben den Gemeinden nach Inhalt der Gewerbematrik und anderer Akten die in jeder Gemeinde befindlichen abgabepflichtigen Betriebe anzuzeigen und ihr auch in Zukunft alle Veränderungen mitzuteilen.

Artikel III (zu § 9).

1. Die Abgabebeträge werden mit Ablauf jedes Kalendermonats, bezw. mit Ablauf des dem Abgabepflichtigen bewilligten Abrechnungszeitraumes fällig und sind gleichzeitig mit der Vorlage der Abrechnung beim zuständigen Gemeindeamte einzuzahlen.

2. Wird die Abgabe durch Zahlungsauftrag vorgeschrieben, so ist dem Abgabepflichtigen in Zahlungsauftrage eine 30tägige Zahlungsfrist einzuräumen.

3. Besuche um Stundung der Abgabe sind vor Eintritt der Fälligkeit im Wege des zuständigen Gemeindeamtes an die Landesregierung zu richten. Stundungsgesuchen, welche nach Eintritt der Fälligkeit überreicht worden sind, kommt ebenso wie den Beschwerden gegen Zahlungsaufträge aufschiebende Wirkung nicht zu.

4. Die Verzugszinsen für rückständige Abgabebeträge sind dem Verpflichteten von amtswegen vorzuschreiben.

5. Abgaderückstände sind samt Nebengebühren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen im Wege der politischen oder gerichtlichen Exekution hereinzubringen.

Artikel IV (zu § 11).

Strafanträge wegen Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe verkürzt oder der Verkürzung ausgesetzt wurde, sind von den Gemeindeämtern vor Erstattung unter Angabe des Sachverhaltes der Landesregierung mitzuteilen.

Artikel V (zu § 14).

Die Gemeinden haben im Rahmen des Beschlusses des Landtages alljährlich gelegentlich der Abfassung des Voranschlages für das nächste Jahr Beschluß zu fassen, zu welchen Zwecken der öffentlichen Fürsorge sie die ihnen gemäß § 14 des Gesetzes zustehenden Einnahmen aus der Fürsorgeabgabe zu verwenden gedenken.

Es ist zulässig, den Ertrag der Fürsorgeabgabe nachstehenden Zwecken zuzuführen:

a) zur Errichtung und Unterstützung von Anstalten und Einrichtungen für Mutter-, Säuglings- und Jugendfürsorge,

b) zur dauernden oder vorübergehenden Versorgung von Siechen, Armen, Taubstummen, Blinden etc.,

c) zur Gewährung von Unterhalts- oder Erziehungsbeiträgen für geistig zurückgebliebene, verwahrloste oder verlassene arme Kinder,

d) zur Anschaffung von orthopädischen oder therapeutischen Hilfsmitteln für mittellose Gemeindeangehörige,

e) zur Deckung der Kosten der Sanitätspolizei und Sanitätsfürsorge,

f) zur Unterstützung von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen,

g) zu Einrichtungen der sozialen Fürsorge überhaupt.

Die von den Gemeinden in dieser Richtung zu fassenden Beschlüsse sind der Landesregierung zur Genehmigung vorzulegen, die aus der Fürsorgeabgabe in die Gemeindekasse einfließenden Beträge dürfen nur im Sinne des von der Landesregierung genehmigten Gemeindebeschlusses verwendet werden; wenn sich eine Abänderung des Verwendungsbeschlusses als notwendig oder empfehlenswert erweist, ist um die Zustimmung der Landesregierung anzufuchen.

Jede Gemeinde hat alljährlich der Landesregierung über die Verwendung des Abgabenertrages in der

Weise zu berichten, daß gemeinsam mit dem Rechnungsabschlusse der Verwendungsnachweis über die Fürsorgeabgabe vorgelegt werde.

Artikel VI (zu § 16).

Die für den Zeitraum vom 2. bis 31. Oktober 1922 zu bemessenden Abgabebeträge können im Wege der Abfindung ermittelt werden.

Zu diesem Zwecke ist nach Anhörung des Abgabepflichtigen und notwendigen Falles auch unter Berücksichtigung der etwa vorhandenen Lohnlisten, Geschäftsbücher, der Mitteilungen der Krankenkassa und unter Bedachtnahme auf sonst einwandfrei festgestellte Tatsachen protokollarisch festzustellen, wie viel an Gehältern, Löhnen und sonstigen der im § 3 des Gesetzes genannten Zuwendungen jeder Abgabepflichtige an die von ihm in der Zeit vom 2. bis 31. Oktober 1922 beschäftigten Personen gezahlt oder gewährt hat.

Dieses Protokoll ist von dem Verpflichteten, dem Gemeinde-(Kreis-)sekretär und überdies dem Vorsitzenden der Gemeindeverwaltungskommission zu fertigen und hat als Ersatz für die Abrechnung gemäß § 5 des Gesetzes zu gelten.

Abschriften aller aufgenommenen Protokolle sind von der Gemeinde dem Landesabgabenausschusse einzusenden.

Von der burgenländischen Landesregierung.

33.

Gesetz vom 2. August 1922, betreffend die Einhebung einer Landesabgabe von Kraftfahrzeugen.

Der Landtag hat beschlossen:

§ 1. Abgabepflicht.

Für Kraftfahrzeuge (Automobile, Motorzüge, Motorräder), die ihren Standort im Burgenland haben, ist eine Abgabe zu entrichten.

§ 2. Ausnahmen.

Von der Abgabe sind ausgenommen:

1. Kraftfahrzeuge des Bundes, der Länder, der Bezirke und der Gemeinden des Burgenlandes;

2. Kraftfahrzeuge der in Österreich beglaubigten diplomatischen Vertreter und der nach völkerrechtlichen Grundsätzen oder Staatsverträgen von öffentlichen Abgaben befreiten Personen;

3. Kraftwagen der Feuerwehren und Kraftwagen, welche für Zwecke der Krankenbeförderung ohne Erwerbsabsicht verwendet werden;

4. Kraftfahrzeuge, welche von Gemeindeärzten ausschließlich zur Ausübung ihres Berufes verwendet werden.

§ 3. Ausmaß und Entrichtung der Abgabe.

Die Abgabe beträgt für das Jahr:

A. Für Kraftwagen mit Verbrennungsmaschinen:

1. Für Personenkraftwagen für jede Steuerpferdestärke 15 Goldkronen.

2. Für Lastkraftwagen und nicht zur Personenbeförderung eingerichtete Geschäftswagen für jede Steuerpferdestärke 0,225 Goldkronen.

B. Für elektrisch betriebene Kraftwagen, ohne Rücksicht auf die Pferdestärke:

1. Für Personenkraftwagen 15 Goldkronen.

2. Für Lastkraftwagen 3 Goldkronen.

Bei Kraftstellwagen (Gesellschaftswagen) für den öffentlichen Verkehr beträgt die Abgabe das Doppelte der in A und B bezeichneten Abgabesätze.

Für Anhängewagen ist je ein Viertel der auf den Triebwagen entfallenden Abgabe zu entrichten.

C. Für Motorräder für jede Steuerpferdestärke 0,1125 Goldkronen; für mehr als einspurige Motorräder erhöht sich die Abgabe um die Hälfte.

Die Steuerpferdestärken werden nach der Formel $N = 0,3 \cdot d^2$ berechnet. In dieser Formel bedeutet 0,3 eine Konstante, d die Anzahl der Zylinder, d die Bohrung in Zentimetern und z den Hub in Metern. Bei Berechnung der Steuerpferdestärken werden Bruchteile der Steuerpferdestärke unter 0,5 nicht berücksichtigt. Bruchteile von 0,5 und mehr als volle Steuerpferdestärke angerechnet.

Zur Entrichtung der Abgabe ist der Eigentümer, sodann der Besitzer oder Benützer unter Haftung des Eigentümers zur ungeteilten Hand verpflichtet.

§ 4. Entstehung der Abgabepflicht, Anmeldung.

(1) Der Abgabe unterliegende Kraftfahrzeuge, die im Zeitpunkte des Wirksamkeitsbeginnes dieses Gesetzes ihren Standort im Burgenland haben, sind binnen 14 Tagen bei dem Landesabgabnamt unter Angabe des behördlich vorgeschriebenen Kennzeichens anzumelden; nach diesem Zeitpunkt entsteht die Abgabepflicht mit der Besitzerwerbung oder dem Beginne des Benutzungsrechtes oder der Inhabung bei gleicher Anmeldefrist. Für Kraftfahrzeuge, die im Zeitpunkt der Anmeldepflicht das behördliche Kennzeichen noch nicht besitzen, ist dieses sofort nach Zuteilung der Bemessungsbehörde anzuzeigen.

(2) Die Anmeldung hat insbesondere zu enthalten:

1. Name, Beruf und Wohnort des Eigentümers (Benützers, Inhabers) sowie den Standort des Kraftfahrzeuges.

2. Die Bezeichnung der Art des Kraftfahrzeuges, die Fabriknummer des Motors und der anderen für die Bemessung der Abgabe wesentlichen Merkmale des Kraftfahrzeuges (§ 3).

3. Die Angabe des behördlich vorgeschriebenen Kennzeichens.

(3) Die Richtigkeit der für die Bemessung der Abgabe wesentlichen Angaben ist durch Vorlage des amtlichen Typenprüfungszeugnisses oder des etwa an seine Stelle getretenen Einzelprüfungszeugnisses nachzuweisen. Die Bemessungsbehörde ist berechtigt, zur Prüfung der Richtigkeit der Angaben die Vorführung des Kraftfahrzeuges zu verlangen und das Gutachten von Sachverständigen einzuholen. Wird hiebei die Unrichtigkeit der Angaben dargetan, so hat der Abgabepflichtige, unbeschadet der im § 15 vorgesehenen Strafen, die Kosten des Sachverständigenbeweises zu tragen.

(4) Die Richtigkeit des Kennzeichens ist durch Vorlage der hierüber hinausgegebenen amtlichen Ausfertigung über Verlangen nachzuweisen.

§ 5. Bemessung und Einzahlung der Abgabe.

(1) Die Abgabe wird mittels Zahlungsauftrages durch das Landesabgabnamt bemessen.

(2) Tritt die Abgabepflicht in der ersten Hälfte des Jahres ein, so ist die volle Abgabe, tritt sie in der zweiten Hälfte ein, so ist die Hälfte der gesetzlichen Abgabe zu entrichten.

(3) Die Abgabe ist in österreichischen Kronen zur amtlichen Goldparität des Einzahlungstages alljährlich je zur Hälfte im Jänner und Juli zu entrichten.

(4) Die erste Teilzahlung nach Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes ist binnen 14 Tagen nach Zustellung des Zahlungsauftrages zu entrichten.

(5) Die Abgabe ist, solange mangels einer Veränderung in den Bemessungsgrundlagen ein neuer Zahlungsauftrag nicht zugefertigt worden ist, in jedem folgenden Jahre in der gleichen Höhe wie im unmittelbaren Vorjahre zu entrichten.

(6) Die Besitzer von abgabepflichtigen Kraftfahrzeugen haben die Ausfolgung einer besonderen Bescheinigung oder eines Abgabezeichens als Ausweis über die erfüllte Abgabepflicht beim Landesabgabnamt gegen Kostenersatz anzusprechen.

§ 6. Beschwerde.

Gegen die Bemessung der Abgabe und sonstige Entscheidungen und Verfügungen der Bemessungsbehörde ist die Beschwerde an die Landesregierung zulässig. Die Beschwerde ist binnen 14 Tagen von dem der Zustellung nachfolgenden Tage an gerechnet beim Landesabgabnamt einzubringen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 7. Kontrolle.

(1) Die abgabepflichtigen Personen haben den mit der Kontrolle dieser Abgabe betrauten behördlichen Vertretern den Eintritt in die Betriebs- und Aufbewahrungsräume zu gestatten, ferner die Einsicht in die geschäftlichen Aufschreibungen, soweit sie sich auf den Gegenstand der Abgabe beziehen, sowie in die behördlichen Ausweispapiere und die Anfertigung von Auszügen aus diesen einzuräumen und über Verlangen die Entrichtung der Abgabe auszuweisen.

(2) Ferner ist der Führer jedes Kraftfahrzeuges verpflichtet, auf Verlangen der Sicherheits- oder Straßenaufsichtsorgane den Nachweis der Abgabenträchtigkeit vorzuweisen oder die Abgabefreiheit (§ 2) darzutun.

(3) Die staatlichen Evidenzbehörden für Kraftfahrzeuge haben der Bemessungsbehörde jede Veränderung zu Kontrollzwecken anzuzeigen.

§ 8. Beistandleistung der Gemeinden.

Jede Gemeinde ist verpflichtet, den von der Landesregierung und vom Landesabgabnamt in Ausübung dieses Gesetzes gestellten Anforderungen zu entsprechen, sowie den zur Handhabung dieses Gesetzes berufenen Organen bei deren Amtshandlung über Verlangen den erforderlichen Beistand unverweilt zu leisten.

§ 9. Veränderungsanzeigen.

(1) Ein Wechsel in der Person des Besitzers eines abgabepflichtigen Kraftfahrzeuges ist bei der Bemessungsbehörde von dem bisherigen Besitzer unter Angabe des Namens und Wohnortes des Besitznachfolgers binnen 8 Tagen nach der Besitzveränderung

anzuzeigen; ebenso sind alle Veränderungen, welche geeignet sind, die Abgabepflicht oder das Ausmaß der Abgabe zu berühren, innerhalb von 8 Tagen nach Eintritt der Veränderung unter Vorlage der entsprechenden Nachweise anzuzeigen.

(2) Veränderungen, die nach den Bestimmungen des Gesetzes die Abgabefreiheit oder eine geringere Abgabe bedingen, sind für den Rest des Abgabefjahres vom Beginne des der Anzeige folgenden Kalenderjahresviertels durch Gutrechnung oder Rückvergütung zu berücksichtigen.

(3) Bei Veränderungen, die eine Erhöhung der Abgabe begründen, tritt die erhöhte Abgabepflicht mit Beginn des Kalenderjahresviertels ein, in welches die Veränderung fällt.

(4) Für die im Zeitpunkte des Besitzwechsels noch nicht fällige Halbjahresrate bleibt der Vorbesitzer auf Grund des Zahlungsauftrages, unbeschadet der Abgabepflicht des Besitznachfolgers, haftpflichtig.

§ 10. Beschränkungen der Abgabepflicht.

(1) Gewerbetreibende, welche Kraftfahrzeuge herstellen oder mit solchen Handel treiben, sowie die Inhaber von Reparaturwerkstätten, haben für jede ihnen zur Bezeichnung ihrer Fahrzeuge bei Probefahrten behördlich zugewiesene Evidenznummer eine jährliche Pauschalabgabe zu entrichten. Die Pauschalabgabe beträgt 0.45 Goldkronen, wenn die Evidenznummer ausschließlich für Probefahrten mit Motorrädern zugewiesen wird, sonst 3 Goldkronen. Bezüglich der Anmeldeung dieser polizeilichen Kennzeichen behufs Abgabebemessung und der Einzahlung der Abgabe sind die Bestimmungen der §§ 4 und 5 sinngemäß anzuwenden.

(2) Gewerbeinhabern, welche an öffentlichen Orten Personenbeförderungsmittel zu jedermanns Gebrauch bereit halten, kann, insofern es sich nicht um Stellwagen handelt, eine Ermäßigung der Abgabe um die Hälfte eingeräumt werden.

(3) Ist ein abgabepflichtiges Kraftfahrzeug durch einen ununterbrochenen Zeitraum von mindestens 6 Monaten innerhalb eines Kalenderjahres außer Betrieb gestellt, so wird die Hälfte der Abgabe, und wenn die Außerbetriebsetzung durch das ganze Kalenderjahr andauert, die ganze Abgabe nachgelassen, wenn das behördliche Kennzeichen zurückgelegt und bei der Bemessungsbehörde um den Nachlaß der Abgabe angefragt wird. Als Tag der Außerbetriebsetzung gilt der Tag, an welchem die Zurücklegung des behördlichen Kennzeichens erfolgt.

(4) Ist ein abgabepflichtiges Kraftfahrzeug zugrunde gegangen, so wird, wenn dies binnen 8 Tagen bei der Bemessungsbehörde schriftlich angezeigt und nachgewiesen wird, jener Teilbetrag der entrichteten Abgabe rückvergütet, welcher für die Zeit vom Beginne des nächsten Kalenderjahres entfällt.

§ 11. Verzinsung und Verjährung.

(1) Rückständige Abgabebeträge sind mit 6 v. H. zu verzinsen.

(2) Auf die Verjährung des Bemessungs- und Einforderungsrechtes fälliger Abgaben sind die nach dem Gesetze vom 18. März 1878, R.G.Vl. Nr. 31,

für die direkten Steuern des Bundes geltenden Bestimmungen sinngemäß anzuwenden.

§ 12. Einbringung der Abgabe.

Unberichtigte Abgabebeträge sind über Einschreiten des Landesabgabenamtes auf Grund der amtlichen Rückstandsausweise entweder im politischen oder gerichtlichen Exekutionswege einzubringen.

§ 13. Übertretungen und Strafen.

(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Abgabe verkürzt oder der Verkürzung ausgesetzt wird, insbesondere der Mißbrauch der zum Zwecke des Einfahrens und für Probefahrten behördlich zugewiesenen Evidenznummern werden als Übertretungen mit dem drei- bis zwanzigfachen Betrage bestraft, um welchen die Abgabe verkürzt oder der Verkürzung ausgesetzt wurde. Es kann jedoch das Landesabgabnamt ohne Einleitung des Strafverfahrens in diesen Fällen die doppelte Gebühr einheben.

(2) Läßt sich der Betrag der Abgabenverkürzung nicht berechnen oder liegen sonstige Übertretungen der Vorschriften dieses Gesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Durchführungsbestimmungen vor, so kann eine Geldstrafe bis 100.000 Kronen verhängt werden. Wenn die Geldstrafe nicht eingebracht werden kann, hat eine angemessene Arreststrafe, welche vier Wochen nicht übersteigen darf, einzutreten.

(3) Die Strafamtshandlung hat die politische Behörde erster Instanz nach den für das Verfahren der politischen Behörden in Übertretungsfällen bestehenden Vorschriften durchzuführen.

(4) Die Strafbarkeit der Übertretungen verjährt nach zwei Jahren vom Zeitpunkte des Eintrittes der Abgabepflicht.

(5) Die Geldstrafen fließen in den Armenfond des Bezirkes, in dem die Übertretung begangen wird.

§ 14. Ertragsverwendung der Abgabe.

Der Ertrag dieser Abgabe ist zur Deckung der außerordentlichen Kosten für die Instandhaltung der öffentlichen, nichtärrarischen Straßen und Wege bestimmt.

§ 15. Befreiung nach § 2, P. 4.

Die im § 2, P. 4, erwähnten Kraftfahrzeuge sind anzumelden und ist deren tatsächliche Verwendung zur Berufsausübung durch ein gemeindeamtliches Zeugnis zu bestätigen.

§ 16. Durchführungsbestimmungen.

Die näheren Bestimmungen über die Durchführung dieses Gesetzes erläßt die Landesregierung, hinsichtlich der Mitwirkung der Bundesbehörden im Einvernehmen mit dem zuständigen Bundesministerium.

§ 17. Geltungsdauer.

Dieses Gesetz verliert seine Wirksamkeit mit dem Schlusse des Kalenderhalbjahres, in dem ein Bundesgesetz, betreffend die Einführung einer Automobilstener, kundgemacht wird. Rückständige Abgabebeträge sind jedoch auch nach diesem Zeitpunkte noch nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu entrichten.

Der Präsident des Landtages:

Der Landeshauptmann:

Wimmer.

Rausnik.

34.

Verordnung der burgenländischen Landesregierung vom 14. November 1922, Zahl 540 L. N. D. zur Durchführung des Landesgesetzes vom 2. August 1922, L. G. Bl. Nr. 33, betreffend die Einhebung einer Landesabgabe von Kraftfahrzeugen.

§ 1.

Die im § 4 des Ges. festgesetzte Anzeige ist mittels der hierfür aufgelegten Drucksorte Muster A an das Landesabgabnamt zu erstatten. Die Richtigkeit der Angaben ist durch Vorlage der entsprechenden Urkunden nachzuweisen.

§ 2.

Die mit der Ausstellung von behördlichen Kennzeichen für Kraftfahrzeuge betrauten Stellen haben dem Landesabgabnamt Abschriften der dort erliegenden Anmeldungen über Kraftfahrzeuge unter Angabe der zugewiesenen Kennzeichen zu übersenden.

§ 3.

Die entfallende Abgabe ist unter Benützung der zweiten Hälfte des Formulars A (Zahlungsauftrag) in Goldkronen, zahlbar in österreichischen Kronen zur Goldparität des Einzahlungstages, vorzuschreiben.

§ 4.

Die geleistete Zahlung ist auf dem Zahlungsauftrage zu bestätigen und außerdem durch Anbringung eines eigenen Kennzeichens an dem Kraftfahrzeuge ersichtlich zu machen. Das Kennzeichen ist gegen Kostenerlag zu erfolgen.

§ 5.

Die Berechnung der Einzahlungen hat durch das Landesabgabnamt zu erfolgen.

§ 6.

Sämtliche Stellen des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben die Verpflichtung, auf die ordnungsmäßige Anbringung der im § 4 erwähnten Abgabekennzeichen zu achten, gegebenenfalls Kraftfahrzeuge ohne ein solches Kennzeichen anzuhalten und den Tatbestand aufzunehmen. Diese Aufnahmen sind unverzüglich dem Landesabgabnamt und zwar unmittelbar zur weiteren Amtshandlung zur Kenntnis zu bringen.

§ 7.

Die bei der Anmeldung zur Kenntnis gelangenden Daten sind bei sonstiger disziplinarer Abhandlung streng geheim zu halten. Deren Mitteilung an öffentliche Stellen und Behörden ist nur mit Zustimmung der Landesregierung zulässig.

§ 8.

Über das Erträgnis der Abgabe ist der Landesregierung periodisch zu berichten.

Von der burgenländischen Landesregierung.

35.

Kundmachung des Landeshauptmannes des Burgenlandes vom 1. Dezember 1922, Zahl

1255—Bd., betreffend die Gebühren für die Ausfertigung von Dampfkesselzertifikaten.

Auf Grund der Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 27. Oktober 1921, B. G. Bl. Nr. 595, wird angeordnet:

§ 1.

Die Gebühr für die Ausfertigung der Bescheinigungen (Dampfkesselzertifikate) über eine von den amtlich bestellten Prüfungskommissären vorgenommene Dampfkesselerprobung beträgt 6000 Kronen.

§ 2.

Diese Anordnung tritt am 1. Dezember 1922 in Kraft.

Der Landeshauptmann:
Rausnik

36.

Landesverfassungsgesetz vom 12. Oktober 1922, womit die Landesfinanzkontrolle des Burgenlandes geregelt wird (1. Landesverfassungsgesetz für das Burgenland).

Der Landtag hat beschlossen:

Artikel 1.

Im Sinne des Artikels I des 2. Bundesverfassungsgesetzes für das Burgenland vom 7. April 1922, B. G. Bl. Nr. 202, wird das IV. Hauptstück dieses Bundesverfassungsgesetzes betreffend die Kontrolle der Verwaltung durch die folgenden Bestimmungen ersetzt.

Artikel 2.

Zur ständigen Kontrolle der Finanzgebarung der Landesregierung wählt der Landtag im Wege von Verhältniswahlen aus seiner Mitte einen aus 6 Mitgliedern und 6 Ersatzmännern bestehenden Finanzkontrollausschuß. Die Stellung eines Mitgliedes der Landesregierung ist mit der Stellung eines Mitgliedes oder Ersatzmannes des Finanzkontrollausschusses unvereinbar.

Der Finanzkontrollausschuß wählt aus seiner Mitte einen Obmann, einen Obmannstellvertreter, einen ersten und zweiten Schriftführer. Die Mitglieder dieses Ausschusses sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet, insofern sie davon nicht vom Ausschusse selbst entbunden sind.

Die Funktionsdauer dieses ständigen Ausschusses währt auch nach dem Ablauf der Gesetzgebungsperiode sowie im Falle der Auflösung des Landtages noch so lange fort, bis von dem neuen Landtag ein neuer Finanzkontrollausschuß gewählt wurde.

Artikel 3.

Der Finanzkontrollausschuß besorgt ohne Einflußnahme auf die Verwaltungstätigkeit der Landesregierung die Kontrolle der Finanzgebarung der der Landesregierung unterstehenden Ämter, Anstalten und Fonds, soferne es sich um den selbständigen Wirkungskreis des Landes handelt.

Um sich genaue Kenntnis über die finanziellen Verhältnisse des Landes und der einzelnen Verwal-

tungszweige zu verschaffen, kann der Finanzkontrollausschuß jederzeit die Vorlage der einschlägigen Bücher, Akten und Belege durch die Landesregierung verlangen.

Artikel 4.

Der Vorstand der Landesbuchhaltung ist verpflichtet, jeden Antrag, welcher die Überschreitung einer Post der Voranschläge oder eines vom Landtage genehmigten Kredites herbeiführen würde, dem Finanzkontrollausschuß unmittelbar bekanntzugeben. Ohne dessen Zustimmung darf dieser Antrag nicht durchgeführt werden. Nicht präliminierte Ausgaben kann die Landesregierung nur in Fällen dringender Notwendigkeit, wenn eine solche Ausgabe bis zur nächsten Landtagsitzung ohne wesentliche Gefährdung des Zweckes nicht verschoben werden könnte, mit Zustimmung des Finanzkontrollausschusses gegen Einholung der nachträglichen Genehmigung des Landtages veranlassen. Ausgenommen hiervon sind jedoch die auf Grund von Bundesgesetzen den Landesfond treffenden Lasten.

Überschreitungen der genehmigten Voranschläge oder nicht präliminierte Ausgaben bis zum Gesamtbetrag von 10 Millionen Kronen sind nicht an die vorherige Zustimmung des Finanzkontrollausschusses gebunden, dieselben sind jedoch durch den Vorstand der Landesbuchhaltung dem Finanzkontrollausschuß nachträglich behufs Überprüfung und Schlußfassung anzuzeigen. Sobald der Finanzkontrollausschuß die Verwendung des die Voranschläge überschreitenden oder für nicht präliminierte Ausgaben verwendeten Gesamtbetrages von 10 Millionen Kronen genehmigt hat, tritt für die Landesregierung neuerlich die Berechtigung ein, Ausgaben bis zur Höhe von 10 Millionen Kronen über die genehmigten Kredite hinaus zu veranlassen, wogegen für nicht präliminierte Ausgaben stets die Einholung der Zustimmung des Finanzkontrollausschusses erforderlich ist.

Ebenso bedürfen auch sonstige finanzielle Maßnahmen, welche für den Vollzug der gewöhnlichen Verwaltungsgeschäfte des Landesvermögens sich als notwendig erweisen, der Zustimmung des Finanzkontrollausschusses. Alle in Gemäßheit der Bestimmungen dieses Artikels seitens des Vorstandes der Landesbuchhaltung an den Finanzkontrollausschuß zu erstattenden Berichte und Mitteilungen sind von diesem unter einem in Abschrift dem Landeshauptmann als Vorsitzenden der Landesregierung zur Kenntnis zu bringen.

Artikel 5.

Über die bei Ausübung eines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen hat der Finanzkontrollausschuß dem Landtage jeweilig bei dessen Zusammentritt, spätestens aber mit Jahresschluß, Bericht zu erstatten und die ihm etwa nötig erscheinenden Anträge zu stellen.

Artikel 6.

Der Finanzkontrollausschuß ist nach Bedarf, mindestens aber einmal halbjährlich, zu einer die Dauer von 3 Tagen nicht überschreitenden Tagung von dem Obmann einzuberufen. Von jeder Tagung ist der Landeshauptmann in Kenntnis zu setzen.

Artikel 7.

Die Mitglieder der Landesregierung sind berechtigt, an den Sitzungen des Finanzkontrollausschusses, insofern sie nicht als vertraulich erklärt werden, mit beratender Stimme teilzunehmen. Desgleichen sind den Sitzungen des Finanzkontrollausschusses der Landesamtsdirektor und der Vorstand der Landesbuchhaltung mit beratender Stimme beizuziehen.

Der Vorstand der Landesbuchhaltung kann hinsichtlich aller Berichte und Mitteilungen, welche er in Erfüllung seiner in diesem Gesetze statuierten Verpflichtungen an den Finanzkontrollausschuß gelangen läßt, nur vom Landtage zur Verantwortung gezogen werden.

Der Präsident des Landtages:

Wimmer.

Der Landeshauptmann:

Rausnig.

37.

Gesetz vom 11. Oktober 1922, betreffend die Jagd- und Fischereikarten im Burgenlande.

Der Landtag hat beschlossen:

I. Jagdkarten.

§ 1.

Die Ausübung der Jagd ist, abgesehen von den durch das Jagdgesetz vorgeschriebenen Bedingungen, an den Besitz einer, von der politischen Behörde erster Instanz für das ganze Land ausgestellten Jagdkarte gebunden.

§ 2.

(1) Die Jagdkarte ist unübertragbar, gilt nur für die Person, auf deren Namen sie lautet, und bis 31. Dezember des Ausstellungsjahres; sie ist bei Ausübung der Jagd den mit der Jagd- und Forstaufsicht Betrauten, sowie den öffentlichen Sicherheitsorganen auf Verlangen vorzuweisen.

(2) Für Jagdgäste, die nicht mehr in der Lage sind, rechtzeitig vor Ausübung der Jagd die ordentliche Jagdkarte zu lösen, werden besondere Jagdgastkarten ausgegeben. Diese Karten werden von der Behörde nach ihrem Ermessen den Jagdherrn über ihr Ersuchen auf deren Namen ausgefertigt.

(3) Von den Jagdgastkarten kann der Jagdherr nur innerhalb des Kalenderjahres Gebrauch machen; sie gelten für den Jagdgast nur während eines Zeitraumes von 14 Tagen vom Zeitpunkte der Ausfolgung an den Jagdgast.

(4) In die hierfür bestimmten Stellen der Jagdgastkarte hat der Jagdherr, bei sonstiger Ungültigkeit, vor Ausübung der Jagd den Namen des Jagdgastes, den Tag der Ausfolgung und seine Unterschrift einzusetzen.

(5) Nichtverwendete Jagdgastkarten können nach Ablauf des Gültigkeitsjahres der ausstellenden Behörde gegen Rückerlaf von 9/10 der hierfür erlegten Gebühr rückgestellt werden.

§ 3.

(1) Folgenden Personen darf keine Jagdkarte ausgestellt werden:

a) Minderjährigen, ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters, die bei minderjährigen forst- und

landwirtschaftlichen Lehrlingen und Gehilfen durch die Zustimmung des Leiters des Betriebes ersetzt wird;

b) Trunkkräftigen und solchen, welche wegen eines geistigen oder körperlichen Gebrechens zur sicheren Handhabung von Schusswaffen nicht befähigt sind;

c) für die Dauer von 5 Jahren nach Ablauf der Strafzeit jenen, welche wegen eines Verbrechens gegen die Sicherheit der Person oder des Eigentums bestraft wurden;

d) für die Dauer von 3 Jahren nach Ablauf der Strafzeit jenen, welche nach § 335 des Strafgesetzes eines Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens durch unvorsichtige Handhabung von Schusswaffen schuldig erkannt wurden;

e) für die Dauer von 2 Jahren denjenigen, welche wegen absichtlicher Übertretung der jagdgesetzlichen Vorschriften oder wegen Mißbrauches der Jagdkarte bestraft wurden.

(2) Die Jagdkarte ist ohne Ersatz der erlegten Gebühr einzuziehen, wenn nach der Ausstellung einer dieser Ausschließungsgründe eintritt oder bekannt wird.

§ 4.

(1) Die Jagdkarte wird von jener politischen Behörde erster Instanz ausgestellt, in deren Sprengel der Ansuchende seinen ordentlichen Wohnsitz hat.

(2) Hat der Ansuchende seinen ordentlichen Wohnsitz außerhalb des Burgenlandes, so kann das Ansuchen bei jeder politischen Behörde des Burgenlandes gestellt werden.

§ 5.

(1) Auf ermäßigte Jagdkarten haben Anspruch:

a) die mit der Jagd- und Forstaufsicht im Burgenland Betrauten, sofern sie beieidet sind, einschließlich der Beamten des Forstinspektorates;

b) die Lehrer und Schüler land- und forstwirtschaftlicher Unterrichtsanstalten;

c) die Angestellten des öffentlichen Sicherheits- und Grenzdienstes einschließlich der Angestellten der Zollwache.

(2) Die Gebühr für Jagdkarten für österreichische Bundesbürger wird von der Landesregierung durch Verordnung festgesetzt. Den österreichischen Bundesbürgern werden in Bezug auf die Erlangung einer Jagdkarte und die Gebühren jene Ausländer gleichgehalten, welche im Burgenlande ihren dauernden Erwerb und ständigen Wohnort haben.

(3) Die Gebühr einer ganzjährigen Jagdkarte für sonstige Ausländer beträgt 60 Goldkronen, für die Gastkarte 10 Goldkronen. Die Gebühr ist zu dem für die Zollzahlung in Gold bestimmten wöchentlichen Umrechnungskurs in österreichischer Währung zu entrichten.

§ 6.

(1) Inländer haben um die Ausstellung einer Jagdkarte unter Vorlage einer Bescheinigung der Gemeindevorsteherung ihres Wohnortes einzuschreiten, in welcher das Fehlen der Ausschließungsgründe des § 3 bestätigt wird.

(2) Ausländer haben die Bürgerschaftserklärung eines österreichischen Bundesbürgers beizubringen; der Bürge hat für alle Geldstrafen, Schaben- und Kosten)

vergütungen, welche etwa später dem Ausländer im Sinne dieses oder des Jagdgesetzes auferlegt werden, aufzukommen; als Bürge kommen daher nur solche Personen in Betracht, welche dieser Bedingung zu entsprechen imstande sind. Die Bürgerschaftserklärung ist auf die Anmeldung des Ausländers zu schreiben.

II. Fischereikarten.

§ 7.

Unter Abänderung der ungarischen Bestimmungen über die Fischereikarten (Ges.-Art. XIX: 1888 und Verordnung vom 9. Feber 1889, Zahl 5000) wird die Gebühr für eine Fischereikarte für Inländer und gleichbehandelte Ausländer (§ 5, Absatz 3) von der Landesregierung alljährlich durch Verordnung festgesetzt; die Gebühr für sonstige Ausländer beträgt 5 Goldkronen.

III. Allgemeine Bestimmungen.

§ 8.

(1) Die Muster der Jagd- und Fischereikarten werden von der Landesregierung durch Verordnung festgesetzt.

(2) Die Jagd- und Fischereikartengebühr ist vor der Ausfertigung der Karte beim Landeszahlante zu erlegen.

(3) Die Gebühren bilden einen Bestandteil der allgemeinen Landesmittel.

IV. Strafbestimmungen.

§ 9.

(1) Übertreter dieser Bestimmungen haben die nicht oder in zu geringem Maße entrichtete Jagdkartengebühr in doppeltem Ausmaße zu bezahlen.

(2) Die Zahlung kann bei Ausländern und nicht ausreichend bekannten Inländern durch Abnahme der Jagdwaffen sichergestellt werden.

(3) Überdies werden Übertretungen gegen dieses Gesetz von der politischen Behörde mit Geldstrafen bis zu 1.000.000 Kronen, im Falle der Uneinbringlichkeit mit Arrest von 1 bis 20 Tagen bestraft.

§ 10.

(1) Dieses Gesetz tritt mit 1. Jänner 1923 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Bestimmungen der ungarischen Gesetze und Verordnungen hinsichtlich der Jagd- und Gewehrsteuer, insbesondere Ges.-Art. XXIII vom Jahre 1883 und X vom Jahre 1921 außer Kraft.

Der Präsident des Landtages:

Wimmer

Der Landeshauptmann:

Rausnik

38.

Gesetz vom 11. Oktober 1922, betreffend die Änderung der Jagd- und Fischereipacht-schillinge.

Der Landtag hat beschlossen:

§ 1.

(1) Wurden Pachtverträge über Jagden auf vereinigten Grundbesitzungen oder über Gemeindejagden (§ 2, Abs. 3, bezw. § 3 des Ges.-Art. XX: 1883)

oder über Jagdeinschlüsse auf mehr als drei Jahre abgeschlossen und ist der Pachtzuschilling wegen der seit dem Vertragsabschlusse eingetretenen Änderung des Geldwertes bereits unverhältnismäßig niedrig, so ist auf Verlangen nach mindestens einem Jahre nach dem Abschlusse des Pachtvertrages eine, den Umständen des Falles angemessene Erhöhung des Pachtzuschillings zulässig.

(2) Bei der Beurteilung der Angemessenheit des Pachtzuschillings ist vor allem der Unterschied zwischen dem Geldwert im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und zur Zeit der Bezahlung des Pachtzuschillings zu berücksichtigen; ferner die Preissteigerung des Wildes jedoch unter Bedachtnahme auf die zulässige Abschussziffer, aber auch die Steigerung der Aufwendungen des Jagdpächters für die Ausübung, Hebung und Erhaltung der Jagd, der das Jagdrecht treffenden öffentlich-rechtlichen Abgaben, sowie der Jagd- und Wildschäden. Endlich sind freiwillige Zuwendungen in Betracht zu ziehen, die der Pächter an den Verpächter oder aus Erkenntlichkeit für die Überlassung der Jagd für wohltätige, humanitäre oder andere öffentliche Zwecke gemacht hat. Diese sind in den Pachtzuschilling einzurechnen.

(3) Wenn sich der Geldwert in der Folge beträchtlich hebt, so kann der Pächter eine Herabsetzung des erhöhten Pachtzuschillings, jedoch nicht unter das ursprünglich vereinbarte Maß, verlangen.

§ 2.

(1) Zum Verlangen auf Erhöhung des Jagdpachtzuschillings sind berechtigt:

bei Jagden auf vereinigten Grundbesitzungen die nach der Fläche zu berechnende Mehrheit der Eigentümer;

bei Gemeindejagden die Gemeindevorsteherung;
bei Jagdeinschlüssen der Grundeigentümer.

(2) Das Verlangen auf Erhöhung des Pachtzuschillings ist unter Anführung des Geldbetrages dem Jagdpächter für das laufende Pachtjahr binnen sechs Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bekanntzugeben, wenn die Erhöhung für dieses Pachtjahr wirksam sein soll. In der Folge ist das Verlangen in den ersten drei Monaten des Pachtjahres bekanntzugeben. Andernfalls gilt das Verlangen erst für den Beginn des auf die Bekanntgabe folgenden Pachtjahres.

(3) Der Jagdpächter hat binnen 14 Tagen zu erklären, ob er den verlangten Pachtzuschilling annimmt, ob er von der Pachtung zurücktritt oder die Entscheidung der Behörde anruft.

(4) Gibt der Jagdpächter keine Erklärung ab oder begehrt er die behördliche Entscheidung, so hat der zur Antragstellung Berechtigte (Absatz 1) binnen weiteren vier Wochen den Antrag bei der politischen Bezirksbehörde einzubringen, welche nach Anhörung von Sachverständigen über das Maß und den Zeitpunkt der Erhöhung entscheidet. Bei Jagden auf vereinigten Grundbesitzungen ist eine Niederschrift beizubringen, welche die Gesamtfläche der Jagd und die

Verteilung der Fläche auf die einzelnen Grundbesitzer nachweist, und in welcher ein Ausschuss namhaft gemacht ist, welcher zur Vertretung der vereinigten Grundbesitzungen vor der Behörde befugt wird.

§ 3.

(1) Nimmt die politische Bezirksbehörde eine Erhöhung des Jagdpachtzuschillings vor, so hat sie unter einem für den Fall, als der Jagdpächter nicht binnen drei Wochen nach Eintreten der Rechtskraft der Pachtzuschillingserhöhung diese anzunehmen erklärt, die Auflösung des Pachtvertrages mit dem Ende des laufenden Pachtjahres auszusprechen und gegebenenfalls für den Rest der Pachtperiode bei Jagden auf vereinigten Grundbesitzungen oder Gemeindejagden die Neuerpachtung im Wege der öffentlichen Versteigerung zu veranlassen und bei Jagdeinschlüssen diese dem Gemeindejagdgebiete zuzuweisen.

(2) Der frühere Pächter haftet in diesem Falle für keinerlei Kosten, welche aus der Neuerpachtung entstehen.

(3) Gegen die Entscheidung der politischen Bezirksbehörde ist die Berufung an die Landesregierung zulässig.

§ 4.

Dem Pächter steht bis zum Beginne des der Erhöhung des Jagdpachtzuschillings nachfolgenden Jahres das Recht zu, von dem Jagdpachtvertrage zurückzutreten. Für die Zeit bis zum erfolgten Rücktritt hat er aber den erhöhten Pachtzuschilling zu entrichten, falls er nicht unmittelbar nach Bekanntgabe des Verlangens nach einem höheren Jagdpachtzuschilling zurückgetreten ist.

§ 5.

Wenn in der Folge eine Minderung des Jagdpachtzuschillings (§ 1, Absatz 3) angestrebt wird, sind diese Vorschriften sinngemäß anzuwenden.

§ 6.

Pachtverträge über Fischereirechte der gemäß § 29 des ung. G.-N. XIX: 1888 (Fischereigesetz) gebildeten Fischereigesellschaften unterliegen ebenfalls den Bestimmungen dieses Gesetzes.

Der Präsident des Landtages: Der Landeshauptmann
Wimmer. Rausnik.

39.

Kundmachung des Landeshauptmannes des Burgenlandes vom 29. November 1922, Zahl 14—169/4, betreffend die Erteilung von Markt-befugnissen an die Gemeinde Güssing.

Der Gemeinde Güssing wurde das Recht zur Abhaltung von Jahrmärkten mit Viehaustrieb am ersten Montage eines jeden Monats erteilt.

Sollte auf einen dieser Montage ein Feiertag fallen, wird der Markt am darauffolgenden Werktag abgehalten.

Der Landeshauptmann:
Rausnik